
891/A(E) XXIII. GP

Eingebracht am 12.09.2008

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Broukal, Dr. Graf, Dr. Grünewald
und Kolleginnen und Kollegen

betreffend bessere finanzielle Ausstattung der Universitäten

Der Nationalrat hat am 7. November 2007 in einem Entschließungsantrag die Bundesregierung ersucht, „im Rahmen der nächsten Budgetverhandlungen und Leistungsvereinbarungen Maßnahmen zu setzen, um den effizienten Mitteleinsatz an den Universitäten zu verbessern und im Sinne der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Studierenden bedarfsgerecht mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Ziel sollte es sein, durch öffentliche und private Investitionen die Budgets für den tertiären Bildungssektor bis spätestens 2020 auf 2 % des BIP zu erhöhen.“

Die Probleme an den österreichischen Universitäten sind vielfältig: Zugangsbeschränkungen in den Fächern Medizin, Psychologie, Tiermedizin, Zahnmedizin, Betriebswirtschaft, Kommunikationswissenschaften und Publizistik - mangelnde Ausstattung (Labors, Seminarräume, Hörsäle, etc.), zu wenig Lehrende und Studienplätze in einzelnen Studienrichtungen führen zu langen Wartezeiten auf einen Studienplatz oder hindern die Studierenden an der Weiterführung des Studiums. Rund zwei Drittel der Studierenden gehen einer Beschäftigung nach. Einerseits um das Studium finanzieren zu können, andererseits um bereits während des Studiums Berufserfahrung sammeln zu können. Aus diesen Gründen verlängert sich oft die Studiendauer oder führt zum Abbruch des Studiums.

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Studierenden, insbesondere der berufstätigen StudentInnen, zur Sicherung und zum Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Universitäten stellen die unterzeichnenden Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag:

„Durch öffentliche und private Investitionen sollen die Budgets für den tertiären Bildungsbereich ab dem Jahr 2009 bis spätestens 2020 auf 2 % des BIP - das sind jährlich mindestens 200 Mio. Euro zusätzlich - erhöht werden.

Die Betreuungsrelationen von Lehrenden und Studierenden soll verbessert und neue attraktive Angebote für berufstätige StudentInnen, wie Teilzeitstudium und E-Learning, eingerichtet werden. Es sind Maßnahmen zu setzen, die die Qualität der Lehre und Forschung steigern sowie zu lange Studienzeiten und Drop out's auf ein Minimum reduzieren..

Zusätzlich ist die vollständige Finanzierung des ausverhandelten Kollektivvertrages für Universitätsbedienstete im Budget 2009 sicherzustellen.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Wissenschaftsausschuss beantragt